

Elbe- und Elster-Bote.

Erzheim wöchentlich zweimal
Mittwochs und Sonnabends.
Bezugspreis für Monat März:
900.— Mark
durch unsere Boten 920.— Mark,
durch die Post bezogen 100.— Mark.
Einzelnummern 100,00 Mk.

Bochen-Blatt

Anzeigen-Verfahren: Für die fünf
gespaltenen Spalten oder deren Raum
50 Mk., für den Rest des Restes 20 Mk.
Wochens 70 Mk., Monats 100 Mk.,
3 Mo. 270 Mk., 6 Mo. 500 Mk.,
1 Jahr 1000 Mk.
Bei sich wiederholenden und größeren
Anzeigen entsprechende Preisermäßigung
nach Vereinbarung.

für die gesamten Angelegenheiten der Stadt- und Landbewohner des Elbe- und Elsterlandes.

Bestellungen auf den „Elbe- und Elster-Bote“, sowie Anzeigen für denselben nehmen an: In Prettin die Expedition (Ernst Schulze's Buchdruckerei), in
Annapurg Herr Buchbindereimster Grotz. Außerdem nehmen alle Postanstalten und Briefträger, sowie die Boten des Blattes Bestellungen an.
Postfachkonto:
Geizig Nr. 43145. Anzeigen werden bis spätestens 9 Uhr vormittags vor dem Erscheinungstage erbeten. Geschäftsstelle Prettin
Telephon-Nr. 113/14.

Nr. 21. Prettin, Mittwoch, den 14. März 1923. 45. Jahrgang.

Wenn sie wollen.

Es es geinen wird, den Plan eines internationalen „Arbeiterparlamentes“ in London, das in Sachen der Rüstung seine Stimme in die Waagschale werfen soll, zu verurteilen, nicht dahin. Die englische Arbeiterpartei, die die Urheberin dieses Planes ist, wird zur Stelle sein, denn sie hat schon keinen Zweifel daran gelassen, daß sie die französische Politik mißbilligt. Auch die Italiener sind von den Franzosen nicht begeistert, aber die französischen Arbeiter selbst und ihre Arbeitgeber-Kamern werden sich wohl nur rührendweise in London einfinden, vorausgesetzt, daß ihnen der Weg zur Zieme nicht überhaupt von ihrer Regierung versperrt wird.

Die Engländer sind Geistes. Es ist heute noch unergessen, wie die britischen Bergarbeiter vor vierzig Jahren die freitenden deutschen Belegschaften in Rheinland-Beschaffen mit freitlich ziemlich knappen Spenden unterstützten, dafür aber die Preise der englischen Kohlen und ihre eigenen Abfälle bedeutend in die Höhe trieben. Auch heute handeln sie nicht aus Liebe zu Deutschland, sondern eben als praktische Leute, die wissen, daß die französische Handlungsweise den Wohlstand der Völker ruinieren muß. Und diese Völker sind es doch, die durch ihre Kaufkraft die hohen Abfälle der englischen Arbeiter bezahlen müssen.

In den französischen Arbeitern hat der Chauvinismus stets mehr geherrscht, als der Internationalismus. Das zeigen die letzten Wahlen zur Kammer, bei denen die politischen Radikalen eine erhebliche Einbuße erlitten. Immerhin steht es nicht an Arbeiter-Vertretern, die Polnische den Zeit freitlich gelassen haben. Sie sind für eine Verständigung, aber sie haben in Paris nicht erkannt den Einfluß, den ihre englischen Kollegen in London unstrittig besitzen.

Zu stellen war lange Zeit unter den breiten Volksschichten die radikalste Richtung maßgebend. Anarchismus, Kommunismus, Volkswirtschaft sind dort in Laufe der Jahre aufgetaucht, denn die Not der Bevölkerung radikalere vernichtende Strömungen aus. Wie es heute steht, wo die Klassen einen so großen Einfluß gewonnen haben, ist sich schwer sagen. Wer von ihnen nach London geht, dürfte weniger von festen praktischen Zielen als von theoretischen Parteipostulaten geleitet werden. Sie sehen sich nicht zum besten mit den Franzosen, aber ebenowenig gut mit den Engländern. Die radikalen Belgier sind auf die britische Konkurrenz gleichfalls nicht freundlich zu sprechen.

Dieses Völkergemisch wird noch komplizierter gestaltet durch die Verhiebeneinigkeit der Klassen. Die Angelegenheiten haben kein Verständnis für den romanischen Schiedsman, der lieber anders für sich arbeiten läßt, als selbst arbeitet. Wenn diese Nationalitäten sich zusammenschließen, so bedeutet der Name „Arbeiterparlament“ zunächst nicht viel mehr als eine schöne Straupe. Von den Engländern ist mit Gewißheit anzunehmen, daß sie ihrer Regierung gegenüber Rücksicht bewahren werden, bei den übrigen ist schließlich zu beachten, daß sie unter dem Einfluß ihrer heimischen Presse stehen und sich halten werden, gegen den Strom zu schwimmen. Man weiß ja, wie in den romanischen Ländern Stimmung gemacht wird.

Von einer Teilnahme deutscher Arbeiter an dieser Londoner Versammlung ist einzuweisen keine Rede, und es wird auch wohl nicht dahin kommen, obgleich die internationalen Arbeiter erst aus dem Munde ihrer deutschen Kollegen die volle Wahrheit über die Dinge hören können, die sich heute im Zugebiet zutragen.

Wenn die internationalen Arbeiter ernstlich wollen, können sie von der Stärke ihres geplanten Parlamentes aus viel Gutes wirken. Und zugegeben, daß sie es wollen, müssen sie die volle Energie besitzen, darauf zu halten, daß ihre Regierungen nicht über ihre Verteilungen hinaus Hand bewegen. Denn mit dieser Möglichkeit, oder sogar Barthelemität, ist hart zu rechnen. Was an der Zieme gesprochen werden sollte, wird sich Polnische keinen großen Eindruck machen, wenn es nicht durch eine Aktion der Arbeiter in ihren eigenen Ländern unterstützt wird. Wm.

Das Wüten der Kriegesgerichte.

Prinz zur Lippe zu 7 Millionen Mark verurteilt.
Das Kriegesgericht in Werden verurteilt den Prinzen Friedrich Wilhelm zur Lippe zu 7 Millionen Mark Geldstrafe, weil er ohne Genehmigung im Besitze eines Totschüßers angetroffen wurde. Zum Urteil wird bemerkt, daß französische Volk erwarte von den Kriegesgerichten, daß seine Soldaten und Missionen vor bewaffneten Angriffen geschützt werden. Der Antrag gegen den Prinzen lautete ursprünglich auf 2 Jahre Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe.

Das gleiche Kriegesgericht verurteilt den Stellvertreter des Oberbürgermeisters Havensstein von Oberhausen, Bürgermeister Dr. Friedmann wegen Nichtbefolgung eines Befehls zu 6 Monaten Gefängnis und 7 Mill. Geldstrafe. Die Straftat wurde darin erblickt, daß er, wie kein Amtsvorgänger Dr. Havensstein den Befehl des französischen Kommandanten zur Lieferung von Wasser für den belagerten Bahnhof auszuführen, nicht nachkam. Mit erheblicher Stimme erklärte der Besondere in der Verhandlung, daß er

zu seiner Verlegung veranlaßt wurde, weil ihm von Dr. Havensstein der Befehl gegeben worden sei, unter keinen Umständen Strom zu liefern, weil ferner der Reichswehrminister eine gleiche Anordnung erlassen hatte und weil endlich die Arbeiterhaft des Elektrizitätswerkes nachdrücklich angeordnet hatte, die Arbeit niederzulegen, wenn versetzt werden sollte, Lichtstrom für den belagerten Bahnhof zu liefern. Rechtsanwalt Dr. Grimm verbot als Verteidiger ebenfalls auf die Anordnung der deutschen Behörde. So gar nach dem französischen Gesetz, das für die Befestigung Gebiete eine Anwendung finde, müsse eine Gefangenschaft ausgeschlossen sein. Nach seiner Erbe habe der Beschuldigte nicht anders handeln können. Im Antwort erklärte Dr. Friedmann, wenn er den Befehl Folge geleistet hätte, wäre er in der Stadt Oberhausen moralisch tot gewesen, von seiner Regierung bestraft und des Amtes entsetzt worden.

Französische Lügen.

Deutsche Nichtigkeiten.
In einer halbamtlichen Mitteilung werden von deutscher zutändiger Seite die französischen Lügen entlarzt, daß Deutschland für die Pariser Konferenz keinen festen Reparationsplan besitze, daß die deutsche Industrie eine wirtschaftliche und politische Verständigung mit Frankreich hinter dem Rücken von dessen Verbündeten geübt habe. Die deutsche Markierung erachtet ferner, daß Polnische alle Verhandlungsangebote Deutschlands abgelehnt hat.

Zu der erstwähnten Beschuldigung erklärt der Staatssekretär a. D. Bergmann:
Die deutsche Regierung hat am 21. Dezember 1922, also kurz vor Zusammentritt der Pariser Konferenz, offiziell durch ihre Missionen in London, Paris, Rom und Brüssel die ältesten Regierungen davon benachrichtigt, daß ich beauftragt sei, der Konferenz in Paris auf Wunsch der deutschen Reparationskommission, zu unterbreiten und mündlich zu erläutern. Ich sage jetzt für jeden Unvoreingenommenen schon aus dieser Gegenüberstellung der „Unterbreitung“ des Planes und dessen mündlicher Erläuterung ohne weiteres hervor, daß ein schriftlich fixierter Plan vorlag. Ich war aber außerdem auch ausdrücklich angewiesen, wenn die Gegenparteien es wünschten, den Plan lebendig in schriftlicher Form vorzulegen.

Zu der zweiten Beschuldigung erklären die Herren Lüdtke, Silberberg und Steines:
Wir haben uns auf Wunsch der deutschen Regierung schon im Sommer 1922, zuletzt Anfang Dezember 1922 zur Führung von Verhandlungen mit der Gegenpartei bereit erklärt. Diese Verhandlungen sollten sich auf Lieferung von Brennstoff beziehen, insbesondere von Kohle, der der französischen Eisenindustrie auf Grund langfristiger Verträge während des Deutschland zu auszubehenden Vorratums sicher-

Das Geheimnis von Dubinka.

Riminalroman von Erich Gerstein.
7) Im Vorübergehen trat Helene in das Postamt. Hier es war kein Brief von Peter Lindemann da. Sie schlenderten langsam zwischen den Geschäften hin, besehen sich die ausgelegten Teppiche, Gefäße und Schmuckstücke und plauderten dabei vergnügt.
Plötzlich blieb Helene wie angewurzelt stehen, wurde feuerrot, und harter sprachlos in ein lachendes, von dunklem Kraxhaar umrahmtes Gesicht.
„Her — Lindemann!!!“
„In Person! Nicht wahr, das haben Sie nicht gedacht, mich jetzt hier in Raitro so plötzlich vor sich zu sehen, gnädiges Fräulein? Und das ist wohl „Pulcherr“? Auf gute Freundenschaft, kleine Dame!“
„Aber wie kommen Sie denn nur so plötzlich nach Raitro?“ flammelte Helene, immer noch ganz verwirrt.
„Auf dem nicht mehr ganz ungewöhnlichen Wege moderner Verkehrsmittel, zu welchen Schiffslinien und Eisenbahnrouten gehören! Ich bekam plötzlich Lust, wieder einmal ein paar Stützen in diesem schönen Lande zu machen. Außerdem hatte ich noch andere Gründe, welche mich den Wunsch nahelegten, einen Winter in Raitro zu verbringen. Gründe — sehr persönlicher Natur.“
Er blickte sie spitzbühlig an. In seinen dunklen Augen lag ein warmer Schein.
Helene wurde noch verlegener.
„So wollen Sie den ganzen Winter hier bleiben?“
„Vielleicht. Es hängt von verschiedenen Dingen ab. Wäre es Ihnen unlieb?“
„Mir? Was hätte ich — — —“
„Ah, tun Sie doch nicht so!“ unterbrach er sie und griff abemals nach ihrer Hand. „Sie waren ja damals noch so reizender, unbefangener Naturliebster! Warum wollen Sie sich nun plötzlich verstellen? Sie müssen es ja doch ge-

merkt haben, schon damals — und später an den Briefen — wie es um mich steht! Sehen Sie, bitte, nicht so besorgt drein! Es ist ja doch kein Unglück, wenn ein Mann schön ist, Sie verliebt und nun ganz bewußt und bescheiden bittet, Sie möchten wenigstens die Gewogenheit haben, ihn kennen zu lernen. Das verpflichtet Sie ja noch zu nichts.“

Er hatte leise gesprochen und war dabei unwillkürlich in eine stille Seitengasse eingetreten. Helene folgte ihm mechanisch. Sie war immer noch sehr rot und blickte gedankenvoll auf das Plakett nieder. Etwas in ihr wollte warm auf bei seinen Worten, aber zugleich war ihr, als drücke eine nie-gelante Befangenheit ihr die Kehle zusammen, daß sie kaum atmen konnte.

„Wann wollen Sie zur Gräfin?“ fragte sie endlich bekommen.
„Bald. Morgen oder übermorgen vielleicht. Ich hoffe, sie ist noch da, liebe Gräfin, aber der ich stets einen Stein im Brett habe. Ich bin ja so froh, daß Sie gerade bei ihr sind! Dadurch wird ein ganzes losgemähter Verkehr viel leichter, als wenn Sie bei fremden Leuten wären, deren Bekanntschaft ich erst auf Umwegen machen müßte.“

„Die Gräfin versteht hier aber mit niemand!“
„Oh, wirklich? Nun, mit ihrem närrischen Hof-maler“, wie sie sich immer nannte, wird sie schon eine Ausnahme machen. Übrigens, wissen Sie was, Fräulein Si-ron? Ich will es gleich heute versuchen. Ich begleite Sie später nach Hause und lasse mich bei der Gräfin melden. Warum soll ich die Mühseligkeit, vieleicht einen reizenden Nachmittag mit Ihnen zu verbringen, ungenützt vorübergehen lassen.“

Sie gingen dann noch eine Weile plaudernd spazieren. Der Maler zeigte ihnen das Sotel, indem er abgestiegen war, freundete sich mit Mary an und ergötzte Helene von seinen Arbeiten und Plänen.

Er war ein jeder gut Porträtmaler, besaß in Wien auf der „Sohen Warte“ eine Villa mit prächtigen Atelier und

hatte fähig für ein großes Landschaftsbild in Düsseldorf den ersten Preis bekommen.

Helene entnahm aus einzelnen Bemerkungen, daß er mit seiner Kunst sehr viel verdienen mußte, sich bereits einen kostbaren Namen gemacht hatte und überhaupt nie mit der Sorge um das tägliche Brot belastet gewesen war, da ihm als einziger Sohn jeder wohlhabenden Eltern schon früh ein bedeutendes Vermögen zugefallen war.

Eszen Mittag lernten sie heim. Helene bog sich mit Mary folgten in den kleinen Speiseraum, wo für das gemeinsame Frühstück gedeckt war. Die Gräfin sah am Kamin und los einen Brief, den sie bei Helenes Eintritt höflich in die Tasche hob. Sie sah blässer aus, als gewöhnlich und begrüßte die Heimkehrerinnen zerküsst.

Gleich darauf erschien ein Diener mit Peter Lindemanns Karte. Gräfin Rosamunda war nur einen flüchtigen Blick darauf und legte dann gleichgültig:

„Ich lasse behaupten — ich bin nicht wohl.“
„Heber diese Abweisung warf Helene ärgerlich und enttäuscht.“

„Ich — es schien, als ob die Gräfin doch nicht mehr die „alte liebe Gräfin“ sei! Ober erinnerte sie sich vielleicht gar nicht mehr an den Namen des Malers, der sie einst gemalt. Sie hatte die Karte abzuwaschen und gleichgültig wie die eines Fremden in ein Körbchen auf dem Kamminis geworfen.“

Jetzt wandte sie sich an Helene.
„Bitte, Fräulein, lassen Sie Ihre und Pulcherr's Sachen nach Tisch packen. Wir reiten heute Abend noch ab.“

„Heute — ab —?“ flammelte Helene, sie erschraken anstarend und fühlte zugleich, wie eine grenzenlose Enttäuschung sich ihrer bemächtigte. Jetzt fort, wo Peter Lindemann —

„Nun was farrten Sie mich denn so an?“ fragte die Gräfin herods. „Nicht es Ihnen nicht, daß wir abreisen?“
„O doch — natürlich!“ warum sollte. . . Aber es kommt so überausdend . . .“
„Mein Mann hat mich geschrieben, daß er vorläufig

Amflicher Teil.

Steuerhebung.

Die Realsteuern und die Reichssteuereinkommensteuer für Januar-März er. sowie die Brandstafelnbeiträge für 1923 sind in der Zeit

vom 15. bis 24. März

in dieser Steuerliste einzugablen.

Der Magistrat.

J. B. Sorell.

Städtische Sparkasse Brettin.

Annahme von Spareinlagen und Depofitengeldern und Verzinsung bis zu

8%

Die näheren Bedingungen teilt die Sparkasse mit. Eröffnung von Kontoforrent-Konten mit Giroüberweisung und täglicher Verfügbarkeit.

Vermittlung aller bankmäßigen Geschäfte.

Kreditgewährung

an Handel, Gewerbe und Landwirtschaft.

Zeichnungskette für die Zwangsanleihe.

gefehlt werden sollte. Die Behauptung des Herrn Vincard, daß die Herren Käßner, Eberberg und Schinnes zustimmen oder beizustimmen mit der französischen Regierung oder mit der französischen Botschaft Verhandlungen geführt oder geplant haben, um politische Umwandlungen zwischen Frankreich und Deutschland ohne Kenntnis der deutschen Regierung zu treffen, entbehrt somit jeder Grundlage. Sie ist unvorgebracht.

Deutsches Reich.

Berlin, den 12. März 1923.

Der neue schwedische Gesandte. Der schwedische Gesandte in Christiania, Freiherr Frederik Kamel, ist zum schwedischen Gesandten in Berlin, und der Direktor der politischen Abteilung im Ministerium des Auswärtigen, Dr. Böjer, zum Gesandten in Christiania ernannt worden. — Freiherr Frederik von Kamel wurde am 19. Dezember 1872 in Malmö geboren, ist Mitbegründer in Skonen und mit einer Schwester des verstorbenen Gesandten Essen verheiratet. Zuerst wirkte er im diplomatischen Dienst in Frankreich, war dann 1901 in Berlin, nachher im Auswärtigen Amt in Stockholm beschäftigt und kam 1905 als Legationssekretär nach Kopenhagen. Dann erfolgte 1906 seine Berufung als Legationsrat nach Berlin, wo er ein paar Jahre hindurch wirkte. Im Jahre 1913 erfolgte seine Ernennung zum schwedischen Gesandten in Christiania.

Welch fordert Bürgerfrieden. Zum gemeinsamen Abwehrkampf mit den Männern und Frauen an der Ruhr forderte er in einem von allen Volksvereinigungen bezeugten großen öffentlichen Versammlung in einer Ansprache der preussische Kultusminister Dr. Wolff an. Hinter der unerschütterten Kampfeslinie der Männer und Frauen im Einverständnis müßten der geschlossene Abwehrwall und die Lauffahrt des gesamten Volkes stehen. Das einzige, was die Tyrannen an der Ruhr erschüttern könnte, wäre der Gedanke, daß ihr anderen nicht mit voller Kraft zu ihren Füßen. Mischen wir aber alle Kraft, dann werde auch ihre Widerstandskraft keinen Erfolg erzielen. Der allein müßten die politischen Parteien jetzt unbedingt Bürgerfrieden halten, und Erziehung zum politischen Denken, Erziehung zur Staatsgesinnung seien jetzt tausendfach mehr wert als jedes Parteigerede. Ein erbärmlicher Müßiggänger, wer jetzt auf Parteigegensatz nicht verzichten könnte.

Arbeiterwehren in ganz Thüringen. Dem Beispiele der Sozialdemokraten der Stadt Gera, wo die Arbeiterwehren in einem öffentlichen Abwehrwall angeschlossen sind, werden die sozialdemokratischen Ortsgruppen der anderen Städte Thüringens folgen. Der Sozialistenführer und Meiniger Staatsrat Hofmann in Saalfeld schlägt die Aufnahme auch der Kommunisten in diese Arbeiterwehren vor. Es wird demnächst eine sozialdemokratische Tagung der Ortsgruppen Thüringens zusammenberufen, um darüber zu beschließen, ob man die Kommunisten zur Beteiligung an den Arbeiterwehren auffordern soll. Der Geraer Bürgerbund fordert die Reichsregierung auf, zu entscheiden, ob derartige Ordnungsdienste und Selbstorganisationen auf Grund der geltenden Gesetze bestehen dürfen.

Neue Verhältnisse in Wänden. Im Zusammenhang mit der Münchener Hochverratsangelegenheit wurden noch verhaftet: Die beiden Brüder Richard Gutermann, sub. agr., Dr. U. Rudolf Gutermann, Geschäftsführer in Homburg bei Wiesbaden am Rheineck,

noch nicht von Durchsicht abkommen können, uns aber später lieber in Italien treffen möchte. Das Klima in Kairo ist ihm zu warm. Wir treffen also nach Neapel.

Nach Neapel? Helene lag während der ganzen Nacht da wie im Traum und wiederholte in Gedanken ganz mechanisch wie im Takt die beiden Worte: Nach Neapel!

Sie hatte sich früher oft gefragt, die wiederholte Stadt mit dem neuen Capri kennen zu lernen und Wunderdinge davon geträumt. Warum freute sie sich jetzt so gar nicht darauf?

Während des Essens überdachte man der Gräfin eine Depesche. Sie las sie aufmerksam, knüllte sie dann zusammen und schob sie mit einem leeren Löffel in die Tasche. Nach Beendigung der Mahlzeit sagte sie noch zu Selene:

„Bitte, sorgen Sie ja dafür, daß alles rechtzeitig fertig ist am Abend. Unser Zug geht um 8 Uhr ab, und ich habe stets ein wenig Eilenbehüter.“

Selene hatte alle Hände voll zu tun, denn die Zofe wurde von der Gräfin vollumfänglich in Anspruch genommen. Alle übrigen Bediensteten wurden entlassen und reichlich abgeholt. Die noch für ein halbes Jahr gemietete Villa sollte leer stehen bleiben, falls sie nicht zufällig ein Anderer übernehmen wollte.

Es war Selene unmöglich, Peter Lindemann noch von dieser plötzlichen Abreise zu verabschieden.

„Ich will ihm von Neapel aus schreiben,“ dachte sie. Vielleicht kommt er uns nach? Und sie fühlte sich merkwürdig getrübt bei dem Gedanken.

Fortsetzung folgt.

der Zeunant o. D. Kaufmann Berger aus Wänden und ein Kohlenhändler, der in Gemeinschaft mit Dr. Käßler die Versorgung mit schwedischer Kohle für den Fall der Separation sicherstellen wollte.

Haenisch endgültig ausgewiesen. Durch Verfügung hat die Interalliierte Rheinlandkommission ihre am 1. Februar gegen die Ernennung des früheren preussischen Ministers Haenisch zum Regierungspräsidenten in Wiesbaden eingeleitet vorläufige Beschlüsse in endgültiges Recht umgewandelt und durch folgenden Zusatz verhängt: „Dieses Verbot bezieht sich auf alle Aufträge, die Herr Haenisch im besetzten Gebiet übertragen werden können.“ Das heißt also: Herr Haenisch darf in keiner wie immer gearteten Funktion im besetzten Gebiet tätig sein.

Die Besätze der Beamten. In den Gehalts-Verhandlungen der Spitzenorganisationen der Beamten und Staatsangestellten im Reichsfinanzministerium wird berichtet, daß eine allgemeine Gehalts- und Lohn-erhöhung abgelehnt worden ist, weil die Regierung es für wichtiger hält, eine Herabsetzung der Preise durchzuführen. Ueber die Vorzuschläge, die die Regierung in Aussicht gestellt hat, soll am Montag nachmittag erneut mit den Beamtenvertretern beraten werden. Anschließend werden Besprechungen über die Gewährung von Ortsfonderaufschlägen für Beamte und Angestellte stattfinden. Der besonderen Lage im besetzten Gebiet wird durch eine entsprechende Erhöhung der Besetzungszugabe entgegenkommen werden. Dem Kabinett wird vorgeschlagen, die Besetzungszugabe um 10.000 M. und die Kinderzulage um 2000 Mark mit Wirkung vom 1. Februar ab zu erhöhen.

Auslands-Rundschau.

Eine italienische Stimme zur Ruhrfrage.

Gelegentlich des Besuchs Poincarés in Brüssel führt „Dea Nazionale“ aus, Frankreich wolle unter nützlichen Vorwänden, wie das Verlangen nach unerfüllbaren Zahlungen, das Rheinland und Westfalen endgültig von Deutschland trennen. Hiermit trete das Ruhrproblem offiziell in eine neue Phase ein. Der Frankreich und Belgien über die Ruhr zu übertragen seien England und Italien gezwungen, ihr bisheriges Verhalten aufzugeben, weil das Ruhrproblem keine französisch-belgische Sache, sondern ein europäisches Problem sei. Die Franzosen und die Belgier sollten nicht glauben, in Brüssel das Rhein- und Ruhrproblem lösen zu können, während die größten Verbündeten, England und Italien, abwesend seien. Das Blatt tadelt alsdann die Außenpolitik Bonar Luiss. Ein Krieg gegen Frankreich ist nicht unbedeutend notwendig, aber selbst einen Krieg herbeiführen nicht zu fürchten. Schließlich fordert das Blatt die eigene Regierung auf, gewissen Stellen die Absicht zu nennen, als ob Italien von der Regelung einer solchen Frage ausgeschlossen werden könne.

Die englischen Militärtruppen.

Das englische Kriegsministerium teilte laut „Temps“ mit, daß die englische Rheinarmee am 1. März 8.665 Mann umfasse. In gut unterrichteten amtlichen Kreisen erzählt man, wie der „Temps“ weiterhin sich aus London melden läßt, daß der Überbruch dieser Truppen nichts mehr entgegenstehe. Die englische Armee habe am Rhein nicht mehr die Aufgaben, die ihr durch den Versailler Friedensvertrag zugewiesen wurden. Der Königlichen Wachen sei nur eine kleine Infanterie in einem geschlossenen Heer und Franzosen besetzten Gebiet. Die Lage, die in England gebracht worden sei, sei erniedrigend. — Man wird hinter diese Meldung aus angeblich gut unterrichteten Kreisen ein drittes Fragezeichen machen müssen. Nach der Erklärung Bonar Luiss würde die Zurückziehung der englischen Truppen gleichbedeutend sein mit dem Bruch der Entente. So weit ist man aber noch nicht, und wenn die englischen Absichten auch sonst keinen Zweck mehr haben, so doch sicher den einen, daß durch ihr Zurückziehen die Fiktion von der Fortdauer der Entente aufrecht erhalten wird.

Der untelegraphische Poincaré in der Kammer.

In Kammerausführung für auswärtige Angelegenheiten erschien Poincaré, um seine Ausführungen über die Ruhrfrage, die er vor einigen Wochen begonnen hatte, fortzusetzen. Poincaré gab im Einzelnen Erklärungen ab über die Frage der Eisenbahntreue, über die Bezahlung der Kohlensteuer durch die deutschen Industriellen, über die Organisation und die Wirtschaftlichkeit der Postaktionen, über die Ein- und Ausfuhrbewilligungen, über die Beamtenausweisungen, ferner über die territorialen Veränderungen zwischen den Westmächten und über die Schritte, die unternommen werden sollten, um Protesten und Forderungen nach Frankreich langsam in Gang zu bringen. Poincaré wiederholte die Erklärungen, die er kürzlich auf der Kammertribüne abgegeben hatte, daß Frankreich keinerlei Vermittlung annehme und sich auf keine indirekten Verhandlungen einlassen werde, sondern daß die französische Regierung an dem Tage, wo Deutschland seine Lage verbessern sollte, bereit sein werde, deutsche Vertreter anzunehmen und alle Wünsche, die von deutscher Seite offiziell ausgedrückt werden sollten, zu prüfen. Auf alle Fälle werde Frankreich nicht gegen bloße Versprechungen die Sicherheit und Forderungen aufgeben, die es gezwungen war, zu ergreifen. Die Konsolidierung der Kriegsschulden an Amerika. Die amerikanische Kriegsschuldenkommission hat das Abkommen zur Konsolidierung der Kriegsschulden angenommen. Das Abkommen wird den britischen Vorkämpfer in Washington zur Ratifizierung durch die englische Regierung vorgelegt werden. Im ganzen wird zur Tilgung der englischen Kriegsschulden die Ausgabe von 62 Schuldinseln vorgesehen, die in wechselfähigen Beiträgen von einem Jahr bis zu 62 Jahren fällig werden.

Neue französische Mordtaten.

Die Chronik der französischen Mordtaten im Ruhrgebiet ist wieder um zwei Fälle bereichert worden. In Altessen ist wieder ein Feuerwehmann von einem Franzosen ohne jeden Anlaß erschossen worden. Der zweite Fall ereignete sich an der Schwannheimer Brücke bei Gdsh, wo der 23-jährige Arbeiter Johann Wenz aus Schwannheim auf dem Nachhausewege von einem Marottaner erschossen wurde.

Ueber die erste Mordtat werden folgende Einzelheiten berichtet: Im Essener Stadteil Altessen wurden nachts friedliche Bürger, die zum Schutz ihrer Häuser in den Straßen parrouillierten, von vier französischen Soldaten mit dem aufgehaltenen Seitengewehr bedroht. Da die Einwohner plündernde Franzosen vermuteten, alarmierten sie die Wache der freiwilligen Feuerwehr. Diese wurde von den französischen Soldaten angehalten. Als die Feuerwehrleute abprangten, um mit den Soldaten zu verhandeln, schoß einer von ihnen auf den ihm nächststehenden Feuerwehrmann Boedmann, tötete ihn durch einen Schuß in die Brust und verwichand über die Brückenbojnung in Richtung Vorhof. Dasselbe machten auch seine Kameraden, nachdem sie ihre Gewehre abgehängt hatten. Der Geblötte wurde nach dem Marienhospital gebracht. Dem bei Gdsh erschossenen Wenz war die Kugel von hinten in den Kopf gedrungen. Der Kopf war vollständig getrimmert.

Weitere Gewalttaten.

Von dem von den Franzosen besetzten Polizeipräsidium Essen aus wurde heute auf einen, auf die Straßenhäuser wartenden Herrn ohne jeden Anlaß geschossen. Der Schuß durchdrang die Lunge, so daß der Verletzte in das Städtische Krankenhaus gebracht werden mußte. An der gleichen Stelle wurden einem etwa 55 Jahre alten Boten, der eine Postkarte zur Straßenhäuser gebracht hatte, von einem französischen Soldaten, der seinen Kopf bedrohte, ohne irgendeinen Anlaß Faustschuß ins Gesicht versetzt, so daß er hinfürzte.

Noch ein Mord.

Essen, 11. März. Im Bahnhofgebäude von Abtrüghausen ist der Eisenbahnbeamte Heinrich Helling erschossen worden. Er gehörte der Ueberwachungsabteilung an, die vor etwa 2 Jahren von der Eisenbahnverwaltung zur Ueberwachung wegen Eisenbahnverbrechen eingerichtet worden war. Er befand sich auf einem Patrouillengang, um Befestigungen hinsichtlich eines großen Kupferblechfabrik auf der Leitung Abtrüghausen-Gannen zu machen, als er der Kugel zum Opfer fiel.

Unsere Ernährungsfrage.

Berlin, 11. März. Im Hauptauschuss des Reichstages für die Reichsernährungsminister Dr. Luther aus, die Ernährungsfrage unseres Volkes sei im Vergleich zu den mangelnden Einkünften. Im Deutschen Reich werden insgesamt 9 Millionen Menschen ernährt, von denen 6 Millionen ohne irgendeine Notwendigkeit wären. Deshalb seien von der Reichsregierung Verfügungsmaßnahmen für Milch in Angriff genommen worden. Ebenso sei die Reichsregierung bestrebt, eine höhere Einfuhr von Getreide zu ermöglichen. Unverkennbar hohe Summen würden ja auch aus Reichsmitteln zur Verfügung des Marktes vertrieben werden. Im besetzten Gebiet seien noch reichliche Vorräte an Mehl und Getreide vorhanden, die auf lange Wochen ausreichen. Außerdem der besetzten Gebiete habe die Reichsregierung das nötige Getreide bereits in den Sommer hinein fest in der Hand.

Kein neuer deutscher Reparationsplan.

Berlin, 11. März. In einer Meldung des Pariser Journal, die Reichsregierung sei mit der Ausarbeitung eines neuen Reparationsplans beschäftigt, der sich im wesentlichen auf den Vorschlag, die von Staatssekretär Bergmann nach Paris überbracht worden sind, aufbaut, erzählt Dr. U. an zuständiger Stelle, daß diese Nachricht unzutreffend ist. Der Reichsanzler habe in seiner Reichstagsrede deutlich genug gesagt, es könne nicht Deutschlands Sache sein, im gegenwärtigen Augenblick Vorschläge zu machen, die deutsche Regierung werde oder jede Gelegenheit zu freien Verhandlungen, wenn sich solche bieten sollte, ergreifen. Es ist selbstverständlich, daß die Reparationsfrage als solche von den zuständigen Ressorts weiter bearbeitet wird, damit wir im geeigneten Moment gerüstet sind.

Kolofale und Provinzialstellen.

Wir bitten, um alle interessierte Redaktionen sich Adressen zukommen zu lassen. Wir danken sehr herzlich.

Der Dollar notierte am gestrigen Montag an der Berliner Börse 20 815,00 Mark.

Veränderung der Handelsriehe. Der Deutsche Industrie- und Handelsrat teilt mit, daß in den nächsten Tagen durch Verordnung die Frist für die Verwendung der jetzt gültigen (großen und kleinen) Handelsriehe, deren Ausbruch nicht den neuesten Bestimmungen entspricht, bis zum 31. Dezember 1923 verlängert werde. In der vorgezeichneten Verwendung, besonders Handelsriehe im Verkehr nach und von Dänemark werde hierdurch nichts geändert.

Militärrenten für Kriegsgeschädigte und Hinterbliebene wurden bekanntlich durch das Reichsverordnungsgezet mit Wirkung vom 1. April 1920 an neu geregelt. Die schon nach altem Recht berechtigten Renten wurden nach dem neuen Recht unanerkannt.

Durch das Militärrentengesetz wurde bestimmt, daß auch die Militärrenten aus der Zeit vor dem Kriege nach dem Reichsverordnungsgezet neu zu regeln seien. In der Hauptsache ist jetzt diese Arbeit, Umanerkennung genannt, vollendet. Anweisen haben sich Mangel des Reichsverordnungsgezetes herausgestellt, die durch eine Novelle beseitigt werden sollen. Es handelt sich in der Hauptsache um die Änderung der Grundbeträge, um die Verbesserung von Ruhebestimmungen und um die Anpassung der Versorgungsgebühren an die veränderte Steuerung. Die von der Regierung mit dem Kriegsgeschädigtenorganisationen geführten Verhandlungen brachten noch keine Entscheidung. Die Forderungen überschreiten das Angebot besonders in zwei Punkten: Höhe der Rente und die Anwendung der Ruhebestimmungen. Es ist zu hoffen, daß der Reichstag, der das letzte Wort zu sprechen haben dürfte, die Berechtigung der Forderungen der Organisationen anerkennen und die notwendigen Mittel bereitstellen wird.

Weitere Anfragen des Finanzamtes nach der Währungsreform. Die Finanzämter sind nunmehr nach der Währungsreform in die Lage gekommen, die Steuererklärung zu zweifeln Anlaß zu geben. Die Steuerpflichtige zur Auffassung Währungsreform an, so kann das Finanzamt nicht ohne weiteres unter Ablehnung eines Angebotes, auf eine große Reihe von allgemein gehaltenen

